

Die Aufgaben der Christenheit gegenüber der Gesellschaft

Autor(en): **Müller, Gotthold**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Theologische Zeitschrift**

Band (Jahr): **24 (1968)**

Heft 5

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-878614>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Aufgaben der Christenheit gegenüber der Gesellschaft

Vortrag für kirchliche Laien-Mitarbeiter auf einer Tagung des Evang. Männerwerks Baden in der Reformierten Heimstätte Gwatt, Kt. Bern

Unter den theologischen Sonder- oder Spezialdisziplinen, die sich im Laufe der letzten Jahrzehnte herausgebildet haben, nimmt die sog. «Sozialethik» neben der Missionswissenschaft und Ökumenik einen besonderen Platz ein. Schon der Begriff enthält ein Programm – negativ und positiv. Er bedeutet eine Absage an die bloß individuelle und «innerliche» Fassung ethischer Probleme und verweist auf die «soziale» Komponente derselben. Dahinter stehen nicht nur ungute Erfahrungen der neueren Geschichte, sondern auch Erkenntnisse der sog. «Ich-Du-Philosophie», die die Unmöglichkeit der rein individualistischen Betrachtung des Menschen, seiner Welt und seiner Aufgaben deutlich gemacht hat.

1.

In unseren Kirchengemeinden herrscht trotz dieser Klimaänderung an den theologischen Fakultäten weithin noch das *individualistische* Denken der Gewissens- und Gesinnungsethik des Pietismus und des 19. Jahrhunderts vor. Erst langsam beginnt man damit, auch die «sozialen» Komponenten von Christenheit und christlichem Glauben zu entdecken.

Dabei hätte eine intensive Beschäftigung mit dem Alten Testament schon lange klarmachen können, daß so etwas wie eine reine Individual-Ethik dort nur an zweiter Stelle oder an der Peripherie erscheint. Die Verkündigung der Propheten zeigt einen auffallend starken sozialen Akzent. Auch wenn die religiösen Verhältnisse, die das Alte Testament voraussetzt (eine noch völlige Identität zwischen Staat, Gesellschaft und «Kirche») für uns endgültig vergangen sind, so gibt uns doch die Beschäftigung mit dieser Botschaft vieles zu denken – auch heute noch, nach mehr als zweitausend Jahren. Die Propheten haben nämlich – in einer innerhalb der alten Welt einmaligen Weise – ihren Zeitgenossen eingeschärft, daß es für den Glauben an Gott, den Herrn der Welt und der Geschichte, keine Aufspaltung der Wirklichkeit in sog. «sakrale» und «profane» Bereiche geben kann, weil der Glaube an diesen Gott alle Bereiche der Wirklichkeit umschließt und deswegen auch in ihnen

allen Verantwortung übernehmen muß. Es gibt einzelne Prophetenworte, die jeden sog. «Glauben», jeden Kult, überhaupt das Religiöse schlechthin verwerfen und als nutzlos oder Heuchelei bezeichnen, das sich nicht auch unmittelbar im Verhalten gegenüber dem Nächsten und der Gesellschaft (dem Volk) auswirkt.

Auch im Gefolge der neutestamentlichen Botschaft kam es zu Forderungen ähnlicher Art, und die Geschichte der Kirche kennt vorbildliche Exempel von wahrgenommener christlicher Verantwortung in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens. Ich erinnere nur an die altchristliche Armenfürsorge, die von der heidnischen Umgebung staunend registriert und bewundert wurde, an Martin Luthers Eintreten für die Entwicklung des Elementarschulwesens, an das Franckesche Waisenhaus in Halle, an Wicherns «Innere Mission», an die Arbeit der Heilsarmee in den Londoner Elendsvierteln oder in den Slums der amerikanischen Millionenstädte, an Blumhardts d. J. Übernahme eines Landtagsmandates in Stuttgart oder auch (auf der anderen Seite) an die sog. «Bruderhöfe» der Mennoniten, die schon vor Jahrhunderten eine ganz andere Regelung der Eigentumsfrage brachten, als sie bei uns bis auf diesen Tag üblich ist. Nicht unerwähnt bleiben darf hier die Arbeit der deutschen Evangelischen Akademien (und entsprechend der Schweizer Heimstätten und ähnlicher Institutionen in anderen Ländern der Erde), in denen nach dem Zweiten Weltkrieg die Kirche neue Möglichkeiten und Wege suchte, von einer weltoffenen Basis her gezielt in einzelne Bereiche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens hineinzuwirken und das Gespräch mit der modernen Welt zu suchen und sachlich voranzutreiben.

Dabei kam es ursprünglich weniger darauf an, daß die Kirche etwa aus einer sachlichen Überlegenheit heraus konkret hätte Vorschläge und Wegweisungen anbieten können. Das Primäre war vielmehr, daß sie das Gespräch suchte und von sich aus anbot. Es war ihr klar, daß in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft die sog. «Institutionen» immer etwas Zweitrangiges in dem Sinne sind, daß sie ja von Menschen getragen werden, die für ihr Funktionieren verantwortlich sind, so daß man – will man gewisse Dinge ändern – immer zuerst mit diesen Menschen Kontakt suchen und ein Gespräch führen muß. Ich halte dafür, daß diese Form des Kontaktes nach wie vor der wichtigste, elementarste Beitrag ist und bleiben wird, den die Christenheit zur Veränderung der Gesellschaft leisten kann. Dieser Beitrag soll darum von seiten der Kirche mit allen vorhandenen Mitteln ausgebaut und gefördert werden. Dazu kommt ein Zweites: die Kirche hat gerade nach dem Zweiten Weltkrieg deutlicher als je zuvor erkannt und diese Erkenntnis dann auch mehr und mehr praktiziert, daß es nicht darum gehen darf, die vorhandene Gesellschaft in irgendeiner Form zu «verchristlichen» –

in dem Sinne, daß man alle Bereiche der Wirklichkeit klerikalisieren möchte. Sie hat vielmehr die wesensnotwendige «Weltlichkeit» weltlicher Institutionen anerkannt und respektiert, sich aber zum gesprächsbereiten Partner dieser Institutionen gemacht, sich ihnen nicht mehr als Gegensatz gezeigt, sondern sich mit ihnen auf eine Ebene gestellt, um *mit* ihnen im Durchdenken der Probleme gute Lösungen für die Klärung offenstehender Fragen zu finden.

Dadurch ist – und das halte ich für eine der erfreulichsten Nachkriegserscheinungen auf diesem Gebiete – auf beiden Seiten eine dringend notwendig gewesene Ent-Ideologisierung eingetreten. Die Kirchen haben ihrerseits darauf verzichtet, das Evangelium dadurch zu mißbrauchen, daß sie es als Macht- und Druckmittel, bisweilen sogar als Ersatz-Mittel anstelle der sachgebundenen Bewältigung weltlicher Aufgaben benutzten. Sie haben sozusagen dem sachlichen Wissen und der sachgerechten Entscheidung im gesellschaftlichen Bereich grünes Licht gegeben. Auf der anderen Seite haben die Gesprächspartner der Kirche an ihrem Teil auf ideologische Verbrämungen verzichtet, wie sie noch im 19. Jahrhundert üblich waren, indem etwa sozialistisch ausgerichtete Parteien nicht nur politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen vornahmen und Neuerungen erstrebten, sondern darüber hinaus dem Menschen in Gestalt von utopischen und ideologischen Parteiprogrammen zugleich auch bewußt einen Weltanschauungs-Ersatz anstelle des christlichen Glaubens anbieten wollten und dies auch in den verschiedenartigsten Formen taten.

Dadurch sind beide Seiten von ehemals starren Positionen losgekommen und fanden anstelle eines früheren Gegeneinander ein bewegliches Miteinander.

Aus diesem Geschehen resultierte aber des weiteren eine für die Christenheit grundlegend wichtige Erkenntnis, an der es ihr durch Jahrhunderte hin gefehlt hatte: ihr Beitrag zu den notwendigen Änderungen der Gesellschaft kann heute nicht mehr vorwiegend dadurch geschehen, daß wir in erster Linie an die persönliche Verantwortung des einzelnen christlichen Individuums appellieren. Gewiß wird dieser Appell immer ein grundlegender Bestandteil christlicher Gewissensbildung bleiben. Aber wir stehen heute vor Aufgaben, die sich in keiner Form mehr durch einen primär individuellen Einsatz lösen lassen, sondern zu deren Bewältigung es staatlicher, gesamtkirchlicher, ja globaler Maßnahmen bedarf.

So sehr etwa die Aktion «Brot für die Welt» weiterhin vom Scherflein des einzelnen lebt, der eine, zehn oder auch hundert Mark in den Opferteller legt, so wenig kann eine solche Maßnahme Sinn und Erfolg haben, wenn sie nicht auf oberster Ebene auf Grund eines übergreifenden Sachwissens geplant und durchgeführt wird.

Diese Feststellung gilt mittlerweile faktisch für alle größeren gesellschaftlichen Aufgaben, denen sich in gleicher Weise Staat und Kirche gegenüberstehen. Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen beiden wird daher von Tag zu Tag dringlicher.

2.

Aber dadurch bricht auch weit deutlicher als früher die Frage auf: wenn dem so ist, worin liegt dann die spezifisch *christliche Aufgabe* der Kirche?

Ich will versuchen, auf diese entscheidende Frage eine Antwort zu geben, damit deutlich werde, welches der unvertauschbare Beitrag zu sein hat, den die christliche Gemeinde heute für die Veränderung der Gesellschaft leisten kann.

1. Ihr wichtigster Beitrag liegt darin, daß sie die Welt nicht in falscher Weise «verchristlichen» will, indem sie ihre Botschaft etwa dazu mißbraucht, sie als einen Gegensatz zu sachlichem Wissen oder zur menschlichen Vernunft überhaupt hinzustellen.

2. Sie leistet ihren Beitrag dann am sachgemäßesten, wenn sie ihn aus dem Zentrum ihrer Botschaft heraus leistet. Das Zentrum des Evangeliums aber ist jene Tat Gottes, in der er sich in Jesus Christus dem Menschen zuwandte, um ihm das Heil zu schaffen und zuzueignen. Diese Mitte des Evangeliums muß in allem, was die Christenheit *für* die Gesellschaft und *an* ihr tut, sichtbar oder unsichtbar anwesend sein und zum Tragen kommen.

3. Auf diesem Hintergrund, von diesem Ausgangspunkt her, kann das Ziel des kirchlichen Handelns in der Welt nur so beschrieben werden: sie hat in allem, was sie sagt und tut, darauf hinzuarbeiten, daß der Mensch vor Mißbrauch in Form von Vergewaltigung, Verdinglichung und Entmenschlichung bewahrt werde.

4. Die Kirche hat aber darüber hinaus die Aufgabe, Staat und Gesellschaft ständig daran zu erinnern, daß es für sie nicht nur Gefahren «von links», sondern auch solche von rechts gibt, denen gegenüber es nicht weniger wachsam zu sein gilt. Die Gefahren von rechts liegen in einem schrankenlosen Liberalismus, der nur auf seine subjektive Freiheit pocht und die Übernahme jeder sozialen Verantwortung ablehnt, sowie im völkischen Nationalismus, der in ähnlicher Weise sein eigenes «Anliegen» zum Mittelpunkt

des Weltgeschehens machen möchte und dabei blind wird gegenüber weit größeren und brennenderen zwischenstaatlichen und weltweiten Aufgaben der Gegenwart und Zukunft, wie sie sich bereits heute vor unseren Augen auftun.

Die Übernahme von Verantwortung gegenüber der Gesellschaft durch die Christenheit beruht letztlich auf der Erkenntnis, daß die Kirche nicht um ihrer selbst willen da ist, sondern teilhat an der Sendung ihres Herrn, die der ganzen Welt, allen Menschen, Bereichen und Verhältnissen gilt.

Aber die Kirche kann ihre spezifische (d. h. aber: durch keine andere «Institution» zu übernehmende) Aufgabe nur dann erfüllen, wenn sie sich ihres unverwechselbaren Auftrages bewußt bleibt. Eine Kirche, die ausschließlich gesellschaftliche Institution neben anderen wäre, hätte damit aufgehört, Kirche im Vollsinn des Wortes zu sein. Wir können den gemeinten Sachverhalt hier nur paradox formulieren: je klarer sich die Kirche ihres prinzipiellen Unterschiedenseins von allen weltlichen Institutionen bewußt ist und je weniger sie sich primär als gesellschaftliche Größe neben anderen versteht, um so mehr kann und wird sie echten Kontakt zu ihrer Umgebung haben.

Die deutschen Landeskirchen des 19. Jahrhunderts waren ja zutiefst deswegen politisch, gesellschaftlich und im Blick auf die soziale Bewegung so erstaunlich untätig und steril, weil sie zu konservativ und verbürgerlicht waren. Die wenigen «weißen Raben», die es in Gestalt der religiösen Sozialisten in Deutschland und in der Schweiz gab, ließen sich bewußt nicht in das bürgerliche image der Kirche ihrer Zeit einordnen, sondern stellten sich außerhalb desselben. – Ich habe heute manchmal den etwas beklemmenden Eindruck, daß es da und dort dazu kommen könnte, daß die Kirche auf Grund ihres schlechten Gewissens wegen dem, was sie in der Vergangenheit versäumt hat, in ein anderes, keineswegs besseres Extrem verfallen könnte, das ich hie und da – etwa in Studentengemeinden – schon beobachtet habe: man «macht» nur noch in politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen und erklärt jede Beschäftigung mit der Bibel (außer in der Predigt, wo man offenbar noch nicht auf sie verzichten will!) für überholt und vorgestrig. Damit tut man aber der Sache, für die einzutreten man vorgibt, einen denkbar schlechten Dienst, weil man darauf verzichtet, jener – zwar zum Gespräch und zur Zusammenarbeit vollauf bereite, aber – auf einem klaren eigenen Fundament stehende Partner zu sein, der weiß, daß er von einer Botschaft herkommt, ohne die er überhaupt keinen wesenhaften Beitrag zu einem heutigen Gespräch über brennende Probleme der Gegenwart und Zukunft leisten könnte.

Der Dienst der Kirche an der Gesellschaft kann und darf nie dazu führen, daß sie dabei ihr eigentliches Thema (das Evangelium) verliert oder bewußt preisgibt. Freilich wird sich die Kirche – und gerade das haben wir in den letzten Jahrzehnten nachdrücklich gelernt – der Gesellschaft gegenüber als ein «dienender» Partner erweisen müssen. Alles Handeln der Kirche trägt im Grunde «diakonischen» Charakter, d. h. es ist darauf abgestellt, letztlich dem Menschen, seinem Wohl und seiner Befreiung von Angst und Sorge zu dienen. Der bewußte Verzicht auf eine mittelalterlich anmutende klerikale «Schlüsselstellung» im öffentlichen Leben kann der beste Beitrag zu einem sachgerechten Verhältnis der Kirche gegenüber dem Staat und der Gesellschaft sein! Man hat die Aufgabe der Christenheit gegenüber der Gesellschaft zusammengefaßt unter den Begriff «kritische Solidarität» (H. D. Wendland). Damit ist beides ausgesagt: die Kirche muß durch ihre positive Stellung zur Gesellschaft den Beweis liefern, daß sich ihre Glieder selber als Angehörige dieser Gesellschaft verstehen, an all ihren Fragen und Lasten vollen Anteil nehmen, aber daneben sehr wohl wissen, daß alles menschliche Handeln, auch das im gesellschaftlichen Bereich, von der Sünde und Entfremdung des Menschen betroffen ist und von Entstellung und Verkehrung bedroht wird. Keineswegs darf diese Erkenntnis aber dazu führen (wie das früher leider allzuoft geschehen ist!), daß die Christenheit der Gesellschaft gegenüber sich zu einer Anti-Haltung versteift. Die Christenheit darf unter keinen Umständen immer nur anti-sozialistisch, anti-kommunistisch, anti-liberal, anti-revolutionär sein und durch die Beteiligung an solchen Frontbildungen einen kleineren oder größeren Kreis von Menschen von vornherein preisgeben, weil sie dann nicht mehr Anwalt aller, sondern Vertreter einer bestimmten Richtung oder Weltanschauung wäre.

Überblickt man unter diesem Gesichtswinkel die Geschichte der gesellschaftlichen und sozialen Bewegungen der letzten 200 Jahre, so kann man nur zu dem Ergebnis kommen, daß die Kirche in diesem Zeitraum eigentlich viel zu oft in eine solche Anti-Haltung hineingeriet und sich dadurch in den Augen weiter Kreise des Volkes zum Vertreter der Reaktion, zum Bollwerk gegen den längst fälligen Fortschritt, d. h. aber: zu einer Kraft machte, die nicht dem Menschen und seinem Wohl, sondern bestehenden Verhältnissen, Anschauungen und Ideologien diene. – Für uns Menschen des Jahres 1968 ist es – Gott sei Dank – unvorstellbar geworden, daß die Kirche etwa gegen eine bestimmte demokratische Partei Stellung nähme, daß sie pauschal die

Gewerkschaften oder sonstige Institutionen des modernen gesellschaftlichen Lebens ablehnen würde. Die Kirche ist vielmehr zu einem vermittelnden Partner zwischen streitenden Parteien geworden, indem sie beide Seiten (denken wir etwa an die Tarif- und Sozialpartner) zur Sachlichkeit, zur Vernunft und zum notwendigen Kompromiß aufruft. Unsere Akademien mühen sich seit vielen Jahren darum, mit Vertretern der verschiedensten Partei-, Sozial- und wirtschaftlichen Interessengruppen ins Gespräch zu kommen und über klaffende Gegensätze hinweg nach Lösungen anstehender Probleme zu suchen, wie sie sich bei kritischer Prüfung aller Gegebenheiten als nahelegend und möglich erweisen.

Es wird auch im noch so hoch entwickelten Staat Aufgabe der Kirche bleiben, sich in besonderer Weise um jene Gruppen anzunehmen, die durch die Ungunst bestimmter Entwicklungen und Verhältnisse einseitig betroffen und benachteiligt wurden. Wir brauchen hier nur an unsere Flüchtlinge und Vertriebenen zu denken. In den westlichen Industrieländern, vor allem auch in Deutschland und der Schweiz, kommt dazu heute eine Aufgabe, die man früher in dieser Form nicht kannte: unsere Sorge um die sog. «Gastarbeiter», ihre Eingliederung in unsere Gesellschaft, die Bereitstellung von menschenwürdigen Lebensbedingungen in Form von Wohnungen usw.

Hier muß die Kirche – viel stärker als das die Gesellschaft je kann und vermag – auf ein Maximum von Integration hinarbeiten und von sich aus Beiträge dafür leisten.

Ähnliches gilt aber auch im Blick auf die bodenständige Bevölkerung, in der etwa gerade im Zeichen von Wirtschaftswundern bestimmte Volkskreise, wie etwa die Alten und Rentner, sehr an den Rand gedrängt werden können, weil sie für ein vorwärtstürmendes Erfolgsdenken keine brauchbaren Größen mehr darstellen und darum auch leicht abgeschrieben werden. Die Christenheit hat die Aufgabe, die Gesellschaft auf solche Rand-Siedler in der Landschaft des bloßen Erfolgsdenkens hinzuweisen und dadurch zu verhindern, daß sie nicht etwa dadurch entmenschlicht werden und unter die Räder der Entwicklung geraten, daß ein System bloßer Nützlichkeits- und Profit-Erwägungen sie gar nicht mehr beachtet. Solche Fehlentwicklungen drohen der Gesellschaft aber auch von anderen Seiten her. Wir brauchen nur an die Verbindung von Nationalismus und Imperialismus im späten 19. Jahrhundert oder auch an gewisse Äußerungen einer angeblich christlichen «Kreuzzugs-idee» in Richtung Osten aus den 50er Jahren zu

denken. Die Kirche hat hier vor allem die Aufgabe, im weitesten Sinne des Wortes ent-ideologisierend zu wirken.

Wir können es uns heute auch nicht mehr leisten, Volk und Nation zum höchsten irdischen Wert zu erklären, während es gleichzeitig in der Welt unübersehbar große und wichtige Aufgaben gibt (ich erinnere nur an die Entwicklungshilfe und die Bevölkerungsexplosion in den armen Ländern), deren Bewältigung sehr viel vordringlicher ist als wir ahnen.

Neben der Entideologisierung von überholten, sach- und weltfremden Begriffen hat die Christenheit die Aufgabe, der Gesellschaft dadurch zu dienen, daß sie entleerte und abgegriffene Worte und Symbole wieder mit neuem Inhalt fülle und mit frischem Profil versehe.

Es genügt nicht, in der Gesellschaft immer nur bestimmte Begriffe sozusagen in den Raum zu stellen, wenn sie nicht mit konkretem, blutvollem Inhalt gefüllt werden können. Dies gilt etwa für den Begriff der «Freiheit», von dem gerade die Christenheit aus den Briefen des Paulus wissen sollte, daß sie alles andere als Willkür, Schrankenlosigkeit und Unverbindlichkeit meint, sondern Freistellung zum Dienst an anderen, zur Übernahme von tathafter Verantwortung für das Ganze der Gemeinde, des Staates und der Gesellschaft.

3.

Dies führt uns weiter zu einem anderen Punkt, an dem nach wie vor das Verhältnis von Christenheit und Gesellschaft brennend aktuell ist: zur Frage der Rolle, die die Kirche in der *Politik* spielen darf oder soll. Wir sind mit Recht skeptisch geworden gegen die Bezeichnung «christliche Politik», weil wir von der Erfahrung herkommen, daß eine christliche Politik sehr schlecht, eine bewußt nicht-christliche dagegen sehr sachgemäß sein kann. Wie aber sollen dann die Christenheit und der einzelne Christ ihre politische Verantwortung wahrnehmen?

Da die Kirche keine Partei ist und werden kann, darf sie sich niemals mit irgendeiner Partei und deren Programm identifizieren, sonst hätte sie aufgehört, Kirche für alle zu sein. Die der Kirche anvertraute Botschaft liegt ebenso weit jenseits alles Politischen, wie sie auch immer unmittelbar ins Politische hineinreicht und

dort zur Wirkung kommen will. Das kann in sehr verschiedenen Weisen und von verschiedenen Standpunkten her geschehen:

a) Man hat es vielfach beklagt, daß gerade der deutsche Protestantismus nie in geschlossener Form eine politische Größe wurde und sich als solche im Leben des Staates darstellte. Daß dies nicht geschah, hing von vielen Gründen ab, u. a. aber davon, daß sich nach evangelischer Überzeugung politische Haltung nicht vorschreiben läßt, sondern nur gebildet werden darf im Appell an das Gewissen, so zu handeln, daß man sein Handeln vor Gott und den Menschen verantworten kann. – Zur Verantwortung vor den Menschen gehört aber, daß man politisch nichts tut, was vergiftend wirkt, nur Spannungen erzeugt oder über die eigenen Grenzen hinaus das Verhältnis der Völker untereinander bedroht. Darum halte ich es für eine nicht nur legitime, sondern dringliche Aufgabe der christlichen Kirchen, ein klares Wort zur NPD, zum Neo-Nationalismus und zu reaktionären politischen Kreisen und Programmen zu sagen, die nicht der Verständigung, Entspannung und dem Frieden dienen, sondern nur Argwohn säen und Haß ernten.

b) Im Blick auf die soziale Verantwortung der Christenheit gegenüber dem Staat und der Gesellschaft möchte ich noch auf ein Problem zu sprechen kommen, dem gegenüber die Christenheit im Nachkriegsdeutschland auf der ganzen Linie versagt und nicht jenen Beitrag gegeben hat, den man eigentlich gerade von ihr hätte erwarten müssen: Sowohl der Katholizismus wie die protestantische Kirche haben (und zwar trotz einiger warnender Stimmen in ihren eigenen Reihen) nach dem 2. Weltkrieg in Westdeutschland an einem Eigentumsbegriff festgehalten, der weit mehr kapitalistisch-bürgerlich als christlich war. Man proklamierte die Unantastbarkeit des Privateigentums, gegen die prinzipiell nichts einzuwenden ist, auch in Zusammenhängen und Situationen, wo sie zur reinen Farce werden mußte, wie etwa im Blick auf den Grundbesitz, dessen Manipulation und Verkauf zu den düstersten Kapiteln asozialer und damit unverantwortlicher Politik gehört. Hier wurde ein Prinzip zur Ideologie erhoben. Die Rechnung dafür bezahlten und bezahlen heute noch die sozial Schwachen.

Vor allem die kinderreichen Familien, die unvertretbar hohe Mieten zahlen müssen, nur weil der Staat und die Gesellschaft nicht bereit waren, da, wo es dringend notwendig gewesen wäre, von einem starren Eigentumsbegriff abzurücken und an seine Stelle einen sozial verantwortlichen Eigentums-

begriff zu setzen, der das Privateigentum zwar nicht aufgehoben, aber auch nicht zu einem «absoluten» Wert erhoben hätte. Viele kinderreiche Familien zahlen nur deswegen z. T. kaum aufzubringende Mieten, weil die Preise für die Grundstücke, auf denen ihre Wohnungen erbaut wurden, über Nacht bisweilen von vorher 2 oder 5 DM/qm auf 50, 100 und mehr Mark stiegen. Dabei gab es nur einen Nutznießer: den «zufälligen» Eigentümer des Grundstücks, während vorwiegend die sozial Schwachen den ganzen «Schaden» zu tragen hatten. Die Möglichkeit, Grundstücke innerhalb von Bebauungsgebieten gesetzlich den Kommunen oder dem Staat zuzuschlagen, die früheren Eigentümer angemessen zu entschädigen und die Grundstücke Bauwilligen dann zu vernünftigen und erschwinglichen Preisen anzubieten, wurde zwar hie und da erwogen. Aber unsere Parteien, vor allem die mit dem Bürgertum verbundenen, wollten keine Wählerstimmen riskieren und lehnten solche Vorschläge immer ab.

Die Kirchen haben nie in aller Form öffentlich gegen diese fatale Entwicklung Stellung genommen und eine Änderung der Praxis verlangt, wie sie unbedingt notwendig gewesen wäre. Man hat es nicht vermocht, einem ideologisierten und bis zur asozialen Perversion entstellten Eigentumsbegriff entgegenzutreten und nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß jeder Begriff von Privateigentum dort seinen positiven Sinn verliert, wo er zu nichts anderem dient als zur Schaffung von sozialem Unrecht und von sozialen Härten. Es ist eine gesellschaftspolitische Forderung erster Ordnung, daß die Kirche sich um die kinderreiche Familie annimmt und gerade ihr jede nur denkbare Hilfe zuteil werden läßt. Was hilft es, wenn man sich zu noch so guten Prinzipien wie dem des Privateigentums bekennt und damit nur dem Menschen schadet? Die Kirche ist heute aufgefordert, in den Auseinandersetzungen um Mitbestimmung und Gewinnbeteiligung in der Industrie sich nicht einseitig zum Sachwalter bestimmter Vorstellungen zu machen, sondern bei ihren Überlegungen und mit ihren Ratschlägen dafür zu sorgen, daß alle zu treffenden Entscheidungen in erster Linie der sozialen Gerechtigkeit und dem Wohl des arbeitenden Menschen dienen.

c) Alle gesellschaftlichen und staatlichen Maßnahmen tragen die Tendenz in sich, ihre Aufgabengebiete in einem hohen Maße zu versachlichen und als Folge davon den Menschen zu einem bloßen «Fall» zu machen. Der Beitrag der christlichen Gemeinde zur Behebung oder Eindämmung dieser Gefahr liegt darin, daß sie in diese Situation hinein Kräfte des menschlich-persönlichen Einsatzes fließen läßt und dadurch verhindert, daß lebendige Menschen in statistische «Fälle» verwandelt werden, deren Probleme man

ausschließlich mit Hilfe von Computern und gedruckten Äußerungen zu beheben versucht. Das Beispiel eines sozial nahezu überorganisierten Landes wie Schweden zeigt deutlich, daß sich die letzten menschlichen Fragen und Probleme nicht auf der sozialen Ebene lösen lassen, weil es unmöglich ist, den Menschen in totaler Form zum Gegenstand einer – wenn auch noch so gut funktionierenden – sozialen Betreuung zu machen, ohne ihm zugleich auch Hilfe für die Beantwortung der Frage nach dem Sinn und Ziel des Menschseins zu geben.

4.

An dieser Stelle wird jener Horizont sichtbar, in dem allein ein Beitrag der christlichen Gemeinde für die Veränderung der Gesellschaft sinnvoll und fruchtbar erscheint: es ist der Horizont der Unabschließbarkeit und Vorläufigkeit alles menschlichen Tuns und Wollens – und sei es noch so gut gemeint und noch so sachgemäß auf seinen Gegenstand ausgerichtet. Der Dienst der christlichen Gemeinde an der Gesellschaft hat seinen tiefsten Grund darin, daß all unser Tun sich als etwas Vorläufiges versteht, das wir aber dennoch nicht unterlassen dürfen, weil wir auch im gesellschaftlichen Bereich «Mitarbeiter» Gottes sind und in Seinem Namen der Welt in allen ihren Bereichen zu dienen haben. Die Kirche soll wissen, daß alles, was sie tut, niemals den Himmel auf Erden hervorbringen wird, daß wir mit unserem Tun vielfach schuldig werden, Entscheidendes versäumen und oft blind sind, wo es Wichtiges zu sehen gäbe.

Aus dieser realistischen Einschätzung ihrer Kräfte und Möglichkeiten darf ihr aber nicht eine fatalistische Haltung erwachsen, die alles am liebsten so sein lassen möchte, wie es eben gerade ist. Unser Tun ist nie sinnlos, wenn wir es hinordnen und beziehen auf das Tun Gottes an der Welt, ja wenn wir es als ein zwar äußerst unvollkommenes, aber im Vertrauen auf Seine Hilfe und Gegenwart geschehendes Zeichen-Geben verstehen, in dem Er durch unsere Unvollkommenheit hindurch an der Welt handelt.

Das Matthäus-Evangelium hat uns eine Seligpreisung Jesu überliefert, die lautet: «Selig sind, die da *hungern und dürsten* nach Gerechtigkeit; denn sie sollen satt werden.» Auch wer nicht an

die Utopie glaubt, es werde uns Menschen einmal aus eigener Kraft gelingen, diese Gerechtigkeit unter den Völkern aufzurichten, wird sich dennoch des Anspruchs und der Zusage eines solchen Verses nicht entziehen können. Er enthält zwar kein Weltverbesserungsprogramm und auch keine kasuistischen Einzelanweisungen, ruft aber dafür unseren Glauben und unser Gewissen auf, nach dieser Gerechtigkeit zu suchen und für sie zu arbeiten, wo immer uns das möglich ist. Das, worum es dabei zentral geht, kann man nur so formulieren: Wenn die Christenheit nach dieser Gerechtigkeit «trachtet», d. h. sie sich im Glauben an den schenken läßt, der die Gottlosen und Ungerechten gerecht macht, wird sie von ihrem Herrn bevollmächtigt und in die Lage versetzt werden, der Welt unter allen bestehenden und sich langsam oder revolutionär ändernden Umständen und Gegebenheiten den Dienst zu tun, den wir als Christen ihr mit Wort und Tat schulden.

Das Hören auf Gottes gerecht-machendes Wort war für die Christenheit noch zu allen Zeiten die beste Voraussetzung für einen sachgemäßen und hilfreichen Dienst an der Gesellschaft.

Gotthold Müller, Basel